

Freie Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 43

Hamburg, den 26. Oktober 1918

Preis pro Nummer 1,00 M. (Der Betrag ist stets vorher einzubringen).
Derbehaltspreis 1,50 M. die Seite.

32. Jahrg.

Die Internationale im Malergewerbe im Jahre 1917.

Der soeben erschienene letzte internationale Bericht der Zentralverbände der Maler und verwandter Berufe gibt in gedrängter Kürze eine klare und übersichtliche Darstellung von der Lage unserer Berufs-Internationale im vierten Jahre dieses furchtbaren Weltkrieges. Nach einer allgemeinen Uebersicht über die Vorgänge im internationalen Gewerkschaftswesen und dem geschäftlichen Verlauf des Jahres folgt eine Zusammenstellung über den Stand und die Tätigkeit der angeschlossenen Bruderverbände. Es wird darauf hingewiesen, wie die sozialen und wirtschaftlichen Notstände sich nach und nach über alle Länder ausbreiten. In den Kriegführenden wie in den neutralen Ländern tritt der Rohstoffmangel und die daraus folgende Teuerung der wichtigsten Arbeitsmaterialien, besonders auch für unser Gewerbe, stark hervor. Überall werden natürlich mit dem Mangel und der mangelhaften Verteuerung der edlen Materialien Ersatzstoffe der verschiedensten Art auf den Markt gebracht. Dennoch kann der Berichtsfasser hervorheben, daß die Beschäftigungsgelage fast ausnahmslos befriedigend war. Das hat natürlich seine Ursache in den zahlreichen Einberufungen zum Militär — auch in den neutralen Ländern stehen während des Krieges die meisten der kräftigsten Männer unter den Waffen als Soldat — in den Abwanderungen zu anderen Gewerben usw. In anderen Ländern, darunter auch in Deutschland, war eher ein Gehilfenmangel als Arbeitslosigkeit in nennenswerter Weise selbst in den Wintermonaten festzustellen. Besonders unangenehm haben in dieser Beziehung die Verhältnisse in Dänemark gelegen. Hier hat von Oktober bis in den März 1918 hinein eine überaus große Arbeitslosigkeit geherrscht.

Neben dem Rohstoffmangel und der Rohstoffteuerung erwähnt der Bericht als einflussreichstes soziales Moment die allgemeine Teuerung der Lebensmittel und fast aller anderen Bedarfsgegenstände. Das hat in allen Ländern zahlreiche Bewegungen für Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen hervorgerufen. Insgesamt kam es zu 27 Lohnkampfen, davon 16 in Ungarn, 8 in Schweden und 3 in Norwegen, die alle mit Erfolg endigten. Beteiligt waren 926 Mitglieder. Zu Lohnbewegungen kam es in 841 Fällen, davon 128 auf Deutschland, 102 auf Ungarn, 49 auf Holland, 21 auf die Schweiz, 20 auf Norwegen, 16 auf Schweden, 7 auf Oesterreich und 1 auf Dänemark. An diesen Bewegungen haben 16.824 Verbandsmittelglieder teilgenommen. Neben den Lohnbewegungen für das Malergewerbe spielten auch die für unsere Kollegen in den für Militärzwecke arbeitenden Betrieben eine größere Rolle, besonders natürlich in den Kriegführenden Ländern. Die Gesamtkosten für die Lohnbewegungen stellten sich auf M. 15.946.

Über den Mitgliederstand der angeschlossenen Bruderorganisationen gibt nachstehende Uebersicht näheren Aufschluß:

	Mitgliedergang am Jahresabschluss						Rückgang (-) oder Zunahme (+) in Prozenten
	1912	1913	1914	1915	1916	1917	
Dänemark	8540	8900	8876	8845	4182	4600	+ 9,9
Deutschland	50544	44842	29610	9574	7242	7299	- 0,1
Finnland	697	647	739	464	568	—	—
Holland	2909	8114	8305	8577	4020	4241	+ 5,5
Kroatien	298	316	—	—	—	—	—
Norwegen	924	1128	1058	1037	1289	1345	+ 8,6
Oesterreich	6112	5980	2658	1476	1329	1460	- 9,9
Ungarn	2936	2120	1489	451	890	1410	- 58,2
Schweden	1899	2116	2017	2229	2365	2456	+ 8,8
Schweiz	2961	2551	850	588	1092	1193	+ 9,7
Insgesamt	71843	66614	38612	23241	22923	28934	+ 4,4

Dem seit Ausbruch des Krieges beziehungsweise seit 1913 andauernden Rückgang der Mitgliederzahl ist nunmehr im Jahre 1917 ein Aufstieg gefolgt: von 22.923 auf 28.934 oder um 4,4 p. ct. Ist diese Zunahme auch noch gering, so erfüllt sie uns doch mit weiteren Hoffnungen. Dabei ist zu beachten, daß sich das Bild noch etwas günstiger

gestalten würde, wenn Finnland berichtet hätte; denn so groß auch dort die Unsicherheit der Verhältnisse sein mag, die Gewerkschaften und auch unser Bruderverband werden die kritischen Zeiten wohl ohne nachhaltige Schädigung überleben.

Nach dieser Aufstellung der Mitgliederbewegung der einzelnen Länder hat sich verhältnismäßig am günstigsten Ungarn entwickelt, und zwar um 58,2 p. ct. Damit ist der Stand am Ende des ersten Kriegsjahres nahezu wieder erreicht. Ungarn folgen Oesterreich und Dänemark mit je 9,9 auf Hundert und unmittelbar danach die Schweiz mit 9,7 p. ct. Diese drei Organisationen hatten auch 1916 bereits eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen; die größte die Schweiz um 85,0 p. ct. und die beiden andern um 9,9 beziehungsweise 8,7 p. ct. Norwegen nahm im Berichtsjahre 8,8, Holland 5,5 und Schweden um 5,8 p. ct. zu. Eine Ausnahme macht nur der deutsche Verband mit einer Mitgliederabnahme. Sie beträgt allerdings nur 1,8, von 7242 auf 7220, oder 0,1 auf Hundert. Es darf angenommen werden, daß auch hier von nun an mit einem Aufschwung bestimmt zu rechnen ist.

Gegenüber dem Stande von 1912 stehen am günstigsten da der holländische Verband mit einer Zunahme von 91,9 p. ct., der norwegische mit 45,6, der dänische und der schweizerische mit 29,9 beziehungsweise 20,8 p. ct. In der Schweiz, als weiterem neutralen Lande, ist unsere Mitgliederzahl um 69,7 p. ct. zurückgegangen; von den Kriegführenden Ländern: in Deutschland um 58,7, in Oesterreich um 76,1 und in Ungarn um 88,9 p. ct.

Die Veränderungen in den Mitgliederbeständen infolge der Kriegsverhältnisse sind die auffälligste Erscheinung unseres Organisationslebens. Oberflächlich betrachtet, könnte das recht pessimistisch stimmen. Betrachten wir jedoch die Leistungen unserer Verbände auf dem Gebiete der Lohnbewegung, der sozialen Fürsorge, ihre Finanzverhältnisse und die Unfähigkeit der vorübergehend beim Militär weilenden Mitglieder, so braucht uns, wie Kollege Streine mit Recht hervorhebt, um die kräftige Weiterentwicklung des Mitgliederstandes bei Abbruch des Krieges, nach Ueberwindung einer gewissen Uebergangzeit, nicht zu bangen. Ueber die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände unterrichtet nachstehende Tabelle:

	Insgesamt		Bezugsverbände	
	Einnahmen	Ausgaben	Zentralkassen	Bezirkskassen
Dänemark	372.878,86	321.594,84	618.469,48	88.800,—
Deutschland	359.818,65	392.665,89	662.779,66	180.449,04
Finnland	—	—	—	—
Holland	128.786,65	106.262,45	84.277,71	—
Kroatien	—	—	—	—
Norwegen	64.668,07	28.707,08	82.340,03	12.456,79
Oesterreich	26.440,48	28.319,29	18.659,96	8.694,29
Ungarn	80.227,67	28.932,28	11.290,82	2.942,89
Schweden	95.480,18	69.474,77	198.285,89	—
Schweiz	15.086,09	8.701,58	68.820,48	84.400,—
Insges. 1917	1.086.681,65	981.651,64	1.744.928,01	222.249,51
1916	1.002.515,18	882.682,52	1.598.884,89	238.721,02

Die Hauptbestandteile der Einnahmen sind:

	Beiträge		Ueberschüsse	
	Beiträge	Mitgliederbeiträge	Ueberschüsse	Einnahmen
Dänemark	—	—	218.565,76	154.813,10
Deutschland	2.801,50	326.109,75	80.902,40	—
Finnland	—	—	—	—
Holland	685,69	119.495,69	3.555,27	—
Kroatien	—	—	—	—
Norwegen	1.624,36	52.910,76	10.032,75	—
Oesterreich	641,32	14.283,50	10.515,66	—
Ungarn	914,60	14.784,01	14.529,06	—
Schweden	1.058,96	86.332,85	8.038,37	—
Schweiz	—	14.686,82	369,27	—
Insgesamt 1917	7.220,68	847.149,14	284.255,88	—
1916	7.054,28	814.908,78	181.013,29	—

Sehr interessant ist eine genaue Betrachtung der Ausgaben unserer Verbände in den einzelnen Ländern für die Unterstützung ihrer Mitglieder in besonderen Notlagen. Hier haben die ganz anormalen wirtschaftlichen und sozialen

Zustände in allen Staaten liegende Veränderungen gegen die Friedenszeit hervorgerufen. Es wurde so auch offenkundig, welche unglaubliche Kraft den Organisationen der Arbeiter inneohnt, wenn sie sicher auf breiter Grundlage fundiert und planmäßig zu fruchtbarer praktischer Gegenwartarbeit ausgebaut werden. Nach diesen vornehmsten gewerkschaftlichen Grundfragen wurde erfreulicherweise in unseren Verbänden allgemein gewirkt.

Die Aufwendungen für Unterstützungen ergeben folgendes Bild:

	Sozialfürsorge		Einnahme-Unterstützung		Beitrags-Unterstützung		Sonstige Unterstützungen	
	M.	ct.	M.	ct.	M.	ct.	M.	ct.
Dänemark	—	—	682,08	298.648,00	2480,40	—	—	—
Deutschland	899,80	2079,26	7,—	2869,10	98708,15	79922,84	—	
Finnland	—	—	—	—	—	—	—	
Holland	—	1851,08	—	67208,86	11852,45	—	—	
Kroatien	—	—	—	—	—	—	—	
Norwegen	—	4728,52	—	5619,04	2412,98	—	—	
Oesterreich	28,52	—	—	—	8065,97	2182,82	—	
Ungarn	376,06	—	—	—	890,88	1416,25	—	
Schweden	—	7794,08	—	18028,04	3416,—	—	—	
Schweiz	79,24	—	—	—	2992,80	—	—	
Insges. 1917	1374,61	15946,85	689,08	336638,44	125053,88	83470,71	—	
1916	1066,65	2111,47	712,92	24499,61	10811,78	10016,17	—	

Die Gesamtsumme der Ausgaben belief sich demnach auf M. 612.903,07 gegenüber M. 475.529,10 im Jahre 1916.

Die andauernde Steigerung der Unterstützungsleistungen seit 1916 trotz erheblicher Mitgliederabnahme in den Kriegführenden Ländern und anderer starker Kriegswirkungen ist ein erhebendes Zeichen der Leistungsfähigkeit unserer Organisationen.

Im weiteren folgen im Bericht die einzelnen Berichte der angeschlossenen Bruderverbände, die in kurzen Zügen ein anschauliches Bild vom inneren Verbandsleben geben. Ueberall kommt darin zum Ausdruck, daß der Weltkrieg um alsbald dem von allen Bülkern herbei gewählten Frieden weichen möge. Dann wartet unser viel nützliche Kulturarbeit, der wir uns bestimmt mit Anspannung aller Kräfte unterziehen werden.

Das neue Reichsarbeitsamt.

Durch Kaiserlichen Erlass vom 4. Oktober dieses Jahres ist bestimmt worden, daß die sozialpolitischen Angelegenheiten des Reiches, die bisher zum Geschäftskreis des Reichswirtschaftsamts gehört haben, fortan von einer besonderen, dem Reichszentralamt unmittelbar unterstellten Zentralbehörde unter dem Namen „Reichsarbeitsamt“ bearbeitet werden. Die Verteilung der Geschäfte und der Beamten des Reichswirtschaftsamts ist dem Reichszentralamt übertragen. Zum Staatssekretär des neuen Reichsarbeitsamts ist der sozialdemokratische Abgeordnete Gustav Bauer, zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften, ernannt worden.

Die Errichtung des Reichsarbeitsamtes entspricht einer alten Forderung der Arbeiterklasse. Schon der sozialdemokratische Arbeiterentscheidungsversuch vom Jahre 1885 erhob diese Forderung; er wurde aber von der Reichstagskommission abgelehnt. Dasselbe Schicksal erlitt der Entwurf vom Jahre 1890, trotz der Kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890, die den Arbeitern eine geordnete Vertretung zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden verhießen. Die Wiedereinbringung in der Session 1894/95 brachte keinen besseren Erfolg. Auf die Interpellation Hise-Lieber, betreffend Arbeiterberufshilfe, Arbeitskammern und Arbeitsämter, antwortete Freiherr v. Berlepsch ausweichend, daß man nicht ein Gesetz machen könne, ehe es dahin geprüft sei, ob nicht die sozialdemokratische Organisation durch daselbe gestärkt und die sozialdemokratischen Agitatoren in die Lage gesetzt werden, das Gift, das sie in die Arbeiterklasse bringen, in stärkeren Dosen anzuwenden. Das war damals der Standpunkt der Regierung gegenüber berechtigten Wünschen der Arbeiter.

Vier Jahre später beantragten bürgerliche Parteien die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, dem die Untersuchung und Feststellung der Arbeiterverhältnisse unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber obliegen sollte. Es war der Mißerfolg der Arbeitsstatistischen Reichskommission, der sie dazu veranlaßte. Die Problemstellung war sicher durchaus unzulänglich. Wenn ein Reichs-

Arbeitsamt lediglich als Reichsuntersuchungsbehörde hätte der Arbeiterschaft wenig genützt. Der Antrag blieb mit einigen andern über Arbeitervertretungen und Gewerbesteuererichte in der Kommission stecken. Seitdem ist wiederholt über ein Reichsarbeitsamt diskutiert worden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nahezu in jeder Legislaturperiode einen bezüglichen Antrag gestellt, die Gesellschaft für Soziale Reform propagierte diese Forderung mit neuen Gründen; aber bis zum Kriege dachte die Reichsregierung nicht an ihre Erfüllung.

Die Kriegswirtschaftlichen Verhältnisse brachten eine Vergrößerung der Geschäfte des schon vorher bedenklich überlasteten Reichsamts des Innern. Die Kriegswirtschaft, die Krieger- und Notstandsversorgung, die Volksernährung nahmen von Tag zu Tag einen immer größeren Umfang an. Dr. Dehnbach vermochte die Last seiner Geschäfte nicht mehr zu bewältigen. So wurde bei seinem Rücktritt das Reichsarbeitsamt abgezwängt, dem ein halbes Jahr später die Schaffung eines Reichsamtes für einen Teil der Kriegswirtschaft folgte. Auch sein Nachfolger, der vormalige Dr. Heiserich, trug die Last seines Amtes nicht lange. Es erfolgte eine neue Teilung des Reichsamts des Innern durch die Errichtung eines Reichswirtschaftsamtes für alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Angelegenheiten. Die Leitung dieses Reichswirtschaftsamtes wurde zunächst Dr. Sawander übertragen; nach seinem Rücktritt ging sie auf Reichern v. Stein über.

Im Reichswirtschaftsamt war schon von Anfang an eine Zweiteilung zwischen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben durch zwei besondere Unterstaatssekretäre vorgesehen. Ihre Zusammenfassung unter gemeinsamer Leitung entsprach dem natürlichen Wesen der Dinge, daß Wirtschaftsinteressen nicht bloß Unternehmerinteressen, sondern zugleich auch Arbeiterinteressen sind. Ein gemeinsames Reichsarbeitsministerium wäre daher sicher die glücklichste Lösung gewesen. Der Zweiteilung ist aber nunmehr auch die äußere Trennung gefolgt. Die Sozialpolitik wird in einem Reichsarbeitsamt verselbständigt, während die Wirtschaftspolitik dem Reichswirtschaftsamt verbleibt. Noch ist über die Verteilung der Geschäfte zwischen beiden Ämtern nicht endgültig entschieden; aber die Trennungslinie dürfte sich ziemlich klar ergeben. Dem Reichsarbeitsamt werden zweifellos die Gebiete der Arbeiterversicherung, Angestelltenversicherung und Privatversicherung, des Arbeiterrechtes und der Gewerbeaufsicht, des Arbeitsrechtes, der Arbeitervertretung und des Einigungsweises, der Arbeitsvermittlung, Arbeitslosigkeit, Arbeiterwohlfahrtspflege, die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Wohnungsfürsorge unterstellt werden, während dem Reichswirtschaftsamt die übrigen Gebiete des allgemeinen Gewerbetwesens und Handels, der Wirtschaftspolitik und die Reichs- und Staatsbetriebe, besonders aber die Ubergangswirtschaft verbleiben. Ob eine solche Trennung dem wahren Interesse der Arbeiterschaft entspricht, muß sich erst bei weiterer Entwicklung der neuen Organisation und aus ihrem Wirken erkennen lassen. Mit Recht gibt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission dem Wunsch Ausdruck, daß das Reichswirtschaftsamt auch nach der Aufhebung seiner sozialpolitischen Aufgaben sich in seiner Wirtschaftspolitik nicht einseitig von Unternehmerinteressen leiten läßt, sondern auch den Arbeiterinteressen in ausreichender Weise Rechnung trägt. Das würde durch die in Aussicht genommene Ernennung eines sozialdemokratischen Unterstaatssekretärs für das Reichswirtschaftsamt gewährleistet werden.

Das neue Reichsarbeitsamt steht vor einer großen Fülle von Aufgaben, deren rasche und befriedigende Lösung von ihm zu erhoffen ist. Auf einige der wichtigsten Probleme, die vor allem in Betracht kämen, weist das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission hin. In erster Linie wird das Reichsarbeitsamt für eine den Wünschen aller Gewerkschaftsrichtungen entsprechende Arbeitskammervorlage zu sorgen haben, die der Reichstag wohl in beschleunigter Beratung erledigen dürfte. Als nächstes ergibt sich die Schaffung eines Reichsarbeitsnachweises, das die Arbeitsvermittlung im Sinne der Reichstagsbeschlüsse vom März 1915 regelt. Auch diese Vorlage bedarf keiner langen Vorbereitungen und wird auch den Reichstag nicht allzulange beschäftigen. Um so wichtiger ist es, für eine gründliche Durchführung des öffentlichen Arbeitsnachweises Zeit zu gewinnen, zumal die in halbtägiger Aussicht stehende Beendigung des Krieges an die Arbeitsvermittlung tiefen Ansprüche stellen wird.

Größeren Vorarbeiten bedarf die Einführung einer Arbeitslosenversicherung, die ebenfalls im Hinblick auf die Wirtschaftsnöte nach dem Kriege unaufschiebbar erscheint. Es ist deshalb notwendig, daß diese Aufgabe von dem neuen Reichsarbeitsamt unverzüglich in die Hand genommen wird. In geeigneten Vorschlägen für eine obligatorische Arbeitslosenversicherung werden es die Gewerkschaften nicht fehlen lassen. Auch die Kosten einer solchen Versicherung werden das Reich nicht derart belasten, daß die baldige Lösung dieses Problems zur Unmöglichkeit würde, besonders wenn Versicherte und Arbeitgeber zu Beiträgen herangezogen werden.

Sodann bedarf die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge eines zweifelsfreien Rechtsbodens sowohl hinsichtlich der Ansprüche der Versorgungsberechtigten, als auch hinsichtlich der Organisation. Daß bei der letzteren die Wirtschaftsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Arbeitgeber zur Mitwirkung herangezogen werden und der bisher maßgebende Einfluß privater Fürsorgevereine ausgeschaltet wird, entspricht den längst bekannten Forderungen der Gewerkschaften aller Richtungen.

Endlich muß das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten von allen früheren Fesseln und Hemmnissen befreit werden. Die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung genügt dazu nicht im entferntesten. Besonders ist das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter öffentlicher Betriebe hervorzuheben. Als Korrelat des unbeschränkten Koalitionsrechts ist das Einigungsrecht auszugestalten und für zentrale Verhandlungen ein Reichseinigungsamt ins Leben zu rufen, dessen Wirkamskeit besonders im Hinblick auf die Streitigkeiten über Lohnfragen nach dem Kriege sich als unentbehrlich erweisen dürfte.

Das sozialpolitische Arbeiterprogramm der Gewerkschaften enthält noch eine Fülle weiterer dringender Aufgaben, deren Vorbereitung dem Reichsarbeitsamt reiche Arbeit gibt. Man kann natürlich nicht alles an einem Tage verlangen. Aber mit den hier angebeuteten Reformen muß unverzüglich der Anfang gemacht werden, und wir haben die feste Erwartung, daß das neue Amt als Mittelpunkt der deutschen Arbeiterpolitik wirken und bei der friedlichen Neuschöpfung des Reiches den sozialpolitischen Aufbau mit zielbewusster Energie leiten wird.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 4. Oktober waren die Vertreter der Verbandsvorstände zu einer Konferenz zusammenberufen, um zu dem Eintritt eines Mitgliedes der Generalkommission in die Reichsregierung Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende der Generalkommission berichtete einleitend über die Vorgänge der letzten Tage, die zum Rücktritt des Reichsanzlegers Grafen v. Hertling und zur Parlamentarisierung der Regierung führten. Mit der Schaffung eines parlamentarischen Ministeriums wurde die Neuerrichtung eines Reichsarbeitsamtes verknüpft, das das Reichswirtschaftsamt von seinem sozialpolitischen Aufgabenbereich entlasten soll. Da die Mitglieder der Regierung den Parteien empfohlen werden sollten, so trat auch an die Sozialdemokratische die Aufforderung heran, einige Männer ihres Vertrauens an der Regierung zu beteiligen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ermächtigte den Genossen Scheidemann, in die Regierung einzutreten und ersuchte die Generalkommission um den Vorschlag eines Genossen aus dem Kreise der Gewerkschaften für die Leitung des Reichsarbeitsamtes. Die Generalkommission beschloß, der Aufforderung zu entsprechen, wollte aber die Delegation einer zu berufenden Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände überlassen. Die Konferenz wurde unverzüglich berufen. Da der Parteivorstand aber glaubte, mit den Vorschlägen für die neue Regierung nicht länger warten zu können und zur Eile drängte, so sah sich die Generalkommission genötigt, der Konferenz der Vorstände das Vorschlagsrecht vorwegzunehmen. Sie brachte den Genossen Gustav Bauer für die Leitung des Reichsarbeitsamtes in Vorschlag, der inzwischen auch bereits zum Staatssekretär ernannt worden ist. Regien berichtete weiterhin über die Delegation an den Reichsanzleger v. Hertling und über die vor dem Kriegsamt gepflogenen Verhandlungen über die Situation der Arbeitskammervorlage, die infolge des Rücktritts des Kabinetts v. Hertling hinfällig wurde. Der neuen Regierung bleibe die Aufgabe, einen neuen Entwurf vorzulegen, der den Forderungen der Arbeiterschaft entspreche. Mit diesem Wechsel der Dinge ist auch die geplante Konferenz aller Gewerkschaftsgruppen zur Stellungnahme zum Arbeitskammerentwurf erledigt, ebenso die für den gleichen Zeitpunkt vorgesehene Vorstandskonferenz. Der Redner schloß seinen Bericht mit der Versicherung, daß der Entschluß, in die Regierung einzutreten, durchaus nicht leichten Herzens gefaßt worden sei; aber die Entwicklung der Ereignisse ließ keine andere Entscheidung zu. Die Lage sei außerordentlich ernst; sie gleiche derjenigen vom August 1914, und heute wie damals hätten die Gewerkschaften die Pflicht, sich der Landesverteidigung zur Verfügung zu stellen. Die Konferenz habe trotz der bereits vollzogenen Ernennung der Arbeiterminister die Aufgabe, sich eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen und ihr Urteil darüber abzugeben.

Die Erörterungen über den Eintritt von Gewerkschaftern in die Reichsregierung nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Sachlich stimmten alle Redner darin überein, daß die Arbeiterschaft sich dem Eintritt in die Reichsregierung nicht entziehen dürfte. In der Personenfrage traten zwar Abweichungen zutage, doch stimmte schließlich die Konferenz einmütig dem Eintritt Bauers in das Reichsarbeitsamt zu. Auch die Mitteilung, daß Robert Schmidt für das Amt eines Unterstaatssekretärs im Reichswirtschaftsamt auszuwählen sei, rief große Befriedigung hervor. Die Anregung, zur Aufklärung über die außerordentliche Situation und über die innere Umgestaltung ein Flugblatt herauszugeben und in Massen zu verbreiten, wurde mit dem Hinweis, daß es Aufgabe der Gewerkschaftspresse sei, über die gegenwärtige Lage die Arbeiterschaft zu informieren, fallen gelassen.

Aus der Teilnahme der Arbeiterschaft an der Regierung ergeben sich für die innere Neuorientierung eine Reihe von Problemen, zu denen früher oder später noch eingehend Stellung genommen werden muß. Die Konferenz war der Meinung, daß, sobald solche Fragen als dringlich eintreten, sofort eine neue Konferenz einzuberufen sei. Die Anstellung von Ersatzkräften solle der Generalkommission zur Vorprüfung überlassen werden, die der nächsten Vorstandskonferenz geeignete Vorschläge machen werde. Bauer werde für die Dauer seiner Reichsstellung von seiner Anstellung in der Generalkommission entbunden; sein Rücktritt in die bisherige Stellung werde ihm offen gehalten. Er bleibe auch fernerein Mitglied der Generalkommission und werde in dieser Eigenschaft an deren Sitzungen teilnehmen. Die Konferenz stimmte diesen Auffassungen zu.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Hannover. Am 12. Oktober fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Zum ersten Punkt sprach Kollege Streine über das Thema: „Der Kampf gegen eine Verschlechterung unserer Lebenslage durch die allgemeine Teuerung während des Krieges und nach dem Kriege.“ Redner freichte eingangs die harten Kämpfe in unserm Gewerbe um eine verbesserte Lebenslage vor dem Kriege. Die durch den Krieg geschaffenen Zustände könnten nur durch das Wirken starker Berufsorganisationen erträglich gestaltet werden. Wenn schlechte Zeiten herauskommen, werden immer die Arbeiter allgemein am schlimmsten getroffen. Teuerung sei die Folge eines jeden Krieges gewesen. Kein Krieg habe aber solche Verwüstung angerichtet, wie dieser,

der fast die ganze Welt in Mitleidenschaft gezogen habe. Deutschland habe fast den vierten Teil aller Lebensmittel und sonstigen Rohstoffe eingeführt. Die Absperzung dieser Einfuhr und der Abgang der Produktion sowie der überhand genommene Mangel und die ungenügenden Maßnahmen der Regierung haben die fortwährende Teuerung verschuldet. Die Beförderungen seien von den unteren Behörden nicht immer befolgt worden und gewissen Obständen begegnet. Auch nach dem Kriege wird die Zufuhr infolge Schiffstrammangels nur gering sein können. Die landwirtschaftliche Produktion wird wegen fehlender Düngemittel nicht besser sein, und die zunehmende Wohnnot wird die Mieten noch weiter in die Höhe treiben. Die gesamten Kriegslasten können für Staaten und Gemeinden bis auf 200 Milliarden geschätzt werden. Ungehore Lasten wird das Volk durch sehr hohe Steuern zu zahlen haben. Die indirekten Steuern auf die notwendigen Verbrauchsgegenstände drücken auf das arbeitende Volk am schwersten. Monopole werden zur Einführung gelangen. Es müssen große Profite erzielt werden, und mit dieser Preissteigerung müssen die Schulden bezahlt werden. Diese enorme Teuerung dürfte mindestens 200 pSt. ausmachen. Diese Preissteigerung konnte bisher trotz größter Einschränkungen durch die eingetretenen Teuerungszulagen nicht ausgeglichen werden. Wir müssen durch Lohnerhöhung die Möglichkeit schaffen, unsere Existenz erträglich zu gestalten. Deshalb müßte auch der Lohn in unserm Gewerbe den Verhältnissen angepaßt und weiter erhöht werden. Wir dürfen auch nicht damit rechnen, daß wir nach dem Kriege nicht mit Lohnkämpfen zu rechnen haben. Die Teuerung wird bestehen bleiben, und sollte die Bewegung für die Wiederherstellung „des freien Spiels der Kräfte“ Erfolg haben, so werden wir mit noch schlimmeren Zuständen zu rechnen haben. Es liegt aber die Möglichkeit vor, daß die Arbeitgeber einen Abbau der Löhne vorzunehmen gedenken, was sich unsere Kollegen nicht gefallen lassen werden, so daß wir sehr bald in ernsthafte Lohnkämpfe geraten können. Die Wahnehmungen aus Arbeitgeberkreisen lassen erkennen, daß auch jetzt noch Tendenzen und kleinlicher Geist vorhanden sind. Die früher von führender Seite zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß Gewerbe mit höheren Löhnen auch wirtschaftlich höher stehen, ist im Schwimmen begriffen. Arbeit wird nach dem Kriege reichlich vorhanden sein, da aber Lohn und andere Rohstoffe unseres Berufs von einer Anzahl Industrien gebraucht wird, so ist eine organisatorische Verteilung sehr notwendig, weil sonst unser Gewerbe zunächst ziemlich leer ausgehen könnte. Die der Berufsorganisation erwachsenen Aufgaben sind durch den Krieg viel umfangreicher geworden. Wir hoffen aber, in der Lage zu sein, durch unsere Organisation diesen Aufgaben gerecht zu werden. Zum Punkt 2, „Beschlusfassung über eine weitere Teuerungszulage“, wurde auf Anregung der letzten Versammlung im August beschloffen, bei unsern Arbeitgebern eine weitere Zulage von 85 pSt. pro Stunde zu beantragen. Kollege Schubert berichtete noch über brüchige Angelegenheiten und wies nicht daran, daß auch in den nächsten ersten Wochen unsere in der Heimat verbliebenen und die im Kriegsdienst tätigen Kollegen ihre Pflicht erfüllen werden.

Von unsern Kollegen im Felde.

Der Kollege August Sang, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., erhielt das Eisenerz Kreuz zweiter Klasse und die heilige Kaiserkrone. Der Kollege Franz Mühs von der Filiale Hamburg, erhielt das heilige Kaiserkreuz. Den Kollegen Hans Stiefel und Paul Trost, Mitgliedern der Filiale Magdeburg, ist das Eisenerz Kreuz zweiter Klasse verliehen worden.

Aus Unternehmerkreisen.

Der Vorstand der Berliner Handwerkskammer richtet an sämtliche Innungen und Handwerksvereinigungen des Kammerbezirks ein ernstes Wort. Nach seinen getroffenen Erhebungen kann er feststellen, daß die Finanzwirtschaft fast aller Innungen und Vereinigungen einer dringenden Reform bedarf, wenn infolge der allgemeinen Geldentwertung die notwendigen Fürsorgemaßnahmen für die heimkehrenden Standesgenossen und die sonstige Tätigkeit der Innungen bei der kommenden Ubergangswirtschaft nicht völlig versagen sollen. Mit den jetzigen Beiträgen könne man den herantretenden Aufgaben nicht mehr gerecht werden. Der Konkurrenzkampf der Handwerker mit der reichgewordenen Kriegsindustrie und dem Großhandel werde ein erbitterter und scharfer sein. Deshalb müsse von den Innungsvorständen und Vereinigungen sofort dafür gesorgt werden, daß die Beiträge dem verminderten Geldwert entsprechend erhöht werden; denn ohne Geld sei jede Organisation wertlos. Der Einheitsbeitrag wegen schlägt der Vorstand, soweit nur immer möglich, eine Erhöhung von 100 pSt. vor.

Endlich regt der Vorstand der Kammer auch eine Erhöhung des Kostgelds für Lehrlinge um das Doppelte an; denn bei den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen läßt sich das bisherige ungenügende Kostgeld nicht mehr verantworten.

Hoffentlich sehen die Herren in den Innungen auch ein, daß die Hilfsmittel mit ihren Abzügen nicht mehr auskommen und eine hundertprozentige Erhöhung das Mindeste ist, um einigermaßen einen Ausgleich mit den Lebensmittelpreisen herbeizuführen.

Zur Lehrlingsfrage im Malergewerbe

äußert sich in der „Maler-Zeitung“ in Leipzig ein alter Malermeister in recht beachtenswerter Weise. Seine Ansicht über die Dauer der Lehrzeit und über den gegenwärtigen Mangel eines brauchbaren Nachwuchses laßt sich in großen Zügen mit unsern des öftern dargelegten Äußerungen im Malergewerbe war nach seinen Ausführungen nach dem Kriege von 1870 nie ein besonders starkes Angebot von Lehrlingen vorhanden. Mit dem einseitigsten Lehrlingen wurde in den meisten Fällen eine zweijährige, auch eine zweieinhalbjährige, unter besonderen Umständen auch einmal eine dreijährige Lehrzeit vereinbart. Gar oft wurde über die Dauer der Lehrzeit überhaupt nichts abgemacht, da ja die alten Lehrverhältnisse aufgehoben waren. Der

Wetter stellte den Befehl ein, und sobald dieser etwas leisten konnte, bekam er einen Lohn und wurde so allmählich zum Gesellen herab. Mit Recht stellt der Herr die Frage: ob die heutigen Malerlehrlinge, die bis zu 12 Jahren lernen, nach beendeter Lehrzeit nicht mehr Maler, Farbenmischer, Beizen, Fassen, Schablonieren usw. können als die Lehr-linge, die vor 25 Jahren, in der Zeit, wo noch „Gemalt“ wurde, nur zwei Jahre lernten? Er geht zwar auf die Frage nicht ein, betont aber, daß zur damaligen Zeit die Malermeister auch bei zweijähriger Lehrzeit immer genügend tüchtige Gehilfen zur Hand hatten. Im weiteren weist der Herr darauf hin, daß, als die ersten gesetzlichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen getroffen wurden, nicht die zu lange Lehrzeit und die etwaige mangelhafte Ausbildung der Lehrlinge den Hauptanlaß zu diesen Verordnungen gaben, sondern das Überhandnehmen der Konkurrenz in allen Handwerken, das die Ursache gewesen sein. Bestand doch in dem „Meisterwert“ gar keine Beschränkung. Aber die bisherige Entwicklung unserer Gewerbeentwicklung habe der Förderung eines guten Nachwuchses hindernd im Wege gestanden. Die unbeschränkte Konkurrenz im Malergewerbe sei nicht beseitigt worden; wie vor 30 und 40 Jahren traten die Klagen über übermäßige Konkurrenz hervor. Allgemein mehren sich jetzt die Stimmen, daß für unser Gewerbe eine vier- bis fünfjährige Lehrzeit nicht mehr nötig sei. „Warum jetzt auf einmal?“ heißt es wörtlich; „seit 20 und mehr Jahren wird in unserem Gewerbe nichts mehr gemalt. Malergehilfen haben wir kaum mehr, Anstreicher sind sie in der Regel. Und trotzdem wurde seither allgemein auf vier- bis fünfjährige Lehrzeit bestanden. Wegen der nötigen Ausbildung im Anstreichen?“

Der Mangel an Lehrlingen im Malergewerbe wird zum Schluß sehr guttrefend mit auf folgende Ursachen zurückgeführt: „Wann abgesehen von der jetzigen Kriegszeit, wo das Malergewerbe so stark dantiederliegt und man es keinem Vater eines jungen Mannes so recht zumuten kann, einen Sohn, der jetzt an der Drehschneid einen hohen Lohn verdienen kann, in das Malerhandwerk zu geben. Es kommt schon in der Freizeitszeit dazu, daß im Malerhandwerk eben nur ein Teil des Jahres gearbeitet werden kann und der Gehilfe, der Familienvater ist, sich jeden Winter irgendeinen Verdienst suchen muß, der ihn über Wasser hält. Wenn man das am eigenen Leibe jahrelang erfahren hat und es jetzt auch an seinen eigenen Söhnen erfährt, dann muß man es schon zum Ausbruch bringen. Wenn es gelingt, das Malergewerbe auch im Winter ausführen zu können, so daß die Gehilfen ihren dauernden Jahresverdienst haben, dann wird auch das Malergewerbe wieder größeren Zuspruch an Lehrlingen bekommen.“

Wenn in unserer gesamten Fachpresse immer klar und deutlich das Unhaltbare und Verbesserungsbedürftige im Gewerbe zum Ausdruck kommen würde, von den maßgebenden Organisationen diese Forderungen dann aber auch beachtet werden und Zielbewußt auf Besserung und Verbesserungen hingestrebt wird, wäre bestimmt zu hoffen, daß unser Gewerbe wieder emporblühen und all seinen Augenwärtigen eine gesicherte Existenz bieten kann. Ein gemeinsames Hand-in-Hand-arbeiten bei den verschiedensten Fragen, wo die beiderseitigen Interessen in Betracht kommen, ist aber unbedingt erforderlich. Läßt dagegen die eine Partei ruhig alles an sich herantommen und den notwendigen Ernst zum Eingreifen und Schaffen vermissen, hat alles Neben seinen Zweck. Nur der Wille zur Tat wird uns vorwärts bringen.

Gewerkschaftliches.

Ein Glückwunsch der Schwedischen Gewerkschaften. Der Generalkommission ging folgendes, Stockholm, den 16. Oktober, datiertes Telegramm der Schwedischen Landeszentrale zu:

Wir senden Euch unsere herzlichsten Glückwünsche zu dem demokratischen Durchbruch, der, wie wir hoffen und wünschen, zur Beendigung des Weltkrieges und zur Schaffung eines dauernden Friedens beitragen soll, was in der ganzen Welt und nicht am wenigsten in den neutralen Ländern, besonders unter den Arbeitern, ersehnt wird.

Ueber die Mitwirkung der Gewerkschaften Deutschlands an diesem Ziele und über ihre direkte Teilnahme an der Regierungsbildung durch den Eintritt von Gewerkschaftern in die Regierung sowie über die Aufnahme der Frage des internationalen Arbeiterkampfes entsprechend den Forderungen der Berner Konferenz in das Programm dieser Regierung empfinden wir eine lebhafteste Befriedigung.

Die Zeit für den Zusammentritt der gewerkschaftlichen Internationale zu einer Konferenz wird wohl bald gekommen sein, auf der die angeschlossenen Gewerkschaften aller Länder vertreten sein werden, um die Beschlüsse der Konferenzen zu Lebes und Vern zu fördern.

Für die Landeszentrale Schwedens:
Herm. Lindquist, Vorsitzender.

Der Holzarbeiterverband im Jahre 1917. Das im Jahrbuch des Holzarbeiterverbandes zusammengetragene Material legt betriebsreiches Zeugnis ab von der Mannigfaltigkeit der Aufgaben, deren sich die Gewerkschaften mehr und mehr unterziehen. In übersichtlicher Weise wird hier alles erläutert, was unter den Einwirkungen des Krieges im abgelaufenen Jahre von der Organisation getan worden ist. Der Kampf wurde, wie in allen Organisationen, so auch hier, vornehmlich gegen die steigende Teuerung geführt. Wohl betont der Vorstand in seiner Einleitung, daß der Verband die Mitglieder auf direktem Wege nicht vor dieser drückenden Folgeerscheinung des Krieges habe schützen können; es sei nur möglich gewesen, die Löhne zu erhöhen in dem Maße, wie der Geldwert gesunken war. Die Erreichung dieses Zieles war um so schwieriger, als der Krieg die Kräfte des Verbandes weit mehr beschränkte als in Friedenszeiten. ... (Text continues with details of the year's activities and financial movements)

Streiks auf. Gleichwohl ist im Berichtsjahr für 180 000 Mitglieder der Lohn durchschnittlich um fast 2 pro Tag erhöht worden. Dieses Resultat konnte nur erzielt werden, weil auch in der Holzindustrie im Berichtsjahre immer mehr Betriebe für den Heeresbedarf produzierten. Die rasche Vermehrung der weiblichen Hilfskräfte veranlaßte den Verband, bei den zentralen Verhandlungen auf die Festsetzung von Mindestlöhnen für die Arbeiterinnen zu dringen. Kommen doch auf 100 männliche Arbeiter jetzt 88,8 Arbeiterinnen in den Betrieben, gegen nur 6,8 vor dem Krieg. Die Zahl der Betriebe, in denen weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, hat sich verdreifacht, in der Tischlerei sogar vervielfacht. Während im Dezember 1916 in 12 608 erfassten Betrieben nur 17 279 weibliche Beschäftigte festgestellt wurden, wiesen deren im Dezember 1917 7429 Betriebe 85 471 auf. Die Gegenüberstellung weist also zwar ein Abnehmen der erfassten Betriebe um 41,5 pSt., dagegen eine Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte um 200 pSt. auf.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde in 93 Bewegungen für 12 808 beteiligte Personen von insgesamt 42 898 Stunden oder 3,44 pSt. pro Woche erreicht. Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge ist zwar von 1014 am Schlusse des Vorjahres auf 910 am Jahresende 1917 zurückgegangen, indessen ist diese Verringerung auf Stilllegung von Betrieben zurückzuführen, die praktisch nicht mehr in Betracht kamen. Faktisch hat sich die Zahl der unter Tarifvertrag beschäftigten Arbeiter am Schlusse des Jahres 1917 um über 80 000 gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Dem vom Verbandsvorstand geführten Kampf gegen die Unfallgefahren wird, wie aus der veranfaßtesten Unfallstatistik hervorgeht, von den Mitgliedern nicht immer das erforderliche Interesse entgegengebracht. Mag sein, daß die Kriegsverhältnisse die Aufmerksamkeit der in den Unfallbetrieben beschäftigten Arbeiter zu einer gewissen Gleichgültigkeit gegenüber dieser Leben und Gesundheit schützenden Tätigkeit des Verbandsvorstandes gebracht haben. Mit dem Zurückströmen der Kriegsteilnehmer dürfte auch auf diesem Gebiete wohl eine Wendung zur Besserung eintreten.

Die Mitgliederzahl ist von 68 240 am Jahreschlusse 1916 auf 90 287 gestiegen. 118 286 Mitglieder waren bis zum Jahreschlusse 1917 zum Heere einberufen. Von 778 Wahlstellen sind infolge der Einberufungen 27 im Laufe des Berichtsjahres eingegangen, dagegen konnten 19 Wahlstellen neu gegründet werden.

Die Kassenverhältnisse der Organisation haben eine wesentliche Besserung erfahren. Der Kassenabschluß weist einen Einnahmehüberschuß von 745 850 auf, gegen 562 100 im Vorjahre. Eine Gesamteinnahme von 2 682 094 steht eine Gesamtausgabe von 1 894 148 gegenüber. Unter den Ausgaben weist die Krankenunterstützung mit 868 588 die höchste Ziffer auf. Sie erfordert gegenüber allen übrigen Unterstützungen, für die zusammen 1 166 785 ausbezahlt wurden, allein ein Mehr von 1 66 751. Als Weihnachtsgabe an Kriegerfrauen wurden 258 478 verausgabt.

Die Kassenbestände der Verbandskasse ergeben einschließlich 3668 in den Cassassen und 1 847 584 in den Lokalkassen eine Gesamtsumme von 7 708 717, gegenüber 6 718 894 am Schlusse des Vorjahres.

Ohne Zweifel werden dem Verband nach Beendigung des Krieges wieder diejenigen Kräfte zufließen, die die Organisation der Holzarbeiter befähigen, den Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder auch für die Zukunft mit Erfolg zu führen. Dem an Bemühungen, mit den im Felde stehenden Mitgliedern die Verbindung aufrechtzuerhalten, hat es der Verbandsvorstand nicht fehlen lassen.

Eine Konferenz der Glasarbeiter, die von 86 Delegierten aus Brandenburg, Schlesien und Sachsen besucht war, nahm Stellung zur Arbeitszeitverkürzung und zur Lohnerhöhung. Nach dem einleitenden Referat des Verbandsvorsitzenden Gribig und längerer Aussprache gelangte folgende Entschließung zur Annahme: „Die in Gütlich tagende Konferenz der Vertrauensmänner von Brandenburg, Schlesien und Sachsen hat nach einer weitgehenden Aussprache festgestellt, daß die Ernährungsverhältnisse der Glasarbeiter sehr viel zu wünschen übrig lassen. Durch die Einführung der fleißlosen Wochen wurden die Gesundheitsverhältnisse immer schwieriger. Die Konferenz spricht aus, daß die Glasarbeiter vor dem Zusammenbruch stehen. Die Konferenz fordert deshalb von der Reichsregierung ein schnelles Eingreifen und Gewährung von weitgehenden Zugeständnissen an Lebensmitteln aller Art; denn die zugestellten Nationen sind zu gering, um die Kräfte der Glasarbeiter bei der schweren Arbeit zu erhalten. Von den Industriellen erwartet die Konferenz die Gewährung einer weiteren Lohnerhöhung von 80 pSt. für alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf die bisherigen Löhne, um dadurch eine bessere Ernährung herbeizuführen und vor allen Dingen, sich besser kleiden zu können. Die Konferenz fordert die Abnahme des Glases, sobald es der Glasmacher fertiggestellt hat. Der Bruch, der durch das schlechte Glas bei der Abfüllung und in der Schmelzerei entsteht, kann nicht mehr vom Glasmacher getragen werden. Ferner erwartet die Konferenz, daß die Industriellen in der Frage der Arbeitszeitverkürzung das weiteste Entgegenkommen für die Glasmacher zeigen und für alle Betriebe den Nachstundenag einführen. Für die Glasbleifer und die übrigen Arbeiter wird der Neunstundentag am Sonnabend acht Stunden, gefordert. Trotz dieser Arbeitszeitverkürzung können die Rohle wie die andern Betriebsmittel im weitesten Sinne ausgenutzt werden.“

Lehnen die Regierung und Industriellen ein Entgegenkommen ab, so ist der völlige Zusammenbruch der fleißigen und intelligenten Arbeiterschaft unvermeidlich und die Folgen in wirtschaftlicher Beziehung unüberschaubar; denn mit einer entkräfteten Arbeiterschaft werden die Industriellen nicht über Lage sein, die vor dem Krieg bestehenden großen Absatzgebiete wieder zu erobern, und die Industrie wird auf lange Jahrzehnte gegenüber der Konkurrenz des Auslandes zurückgeworfen sein.“

Arbeitslohn und Arbeitszeit nach dem Krieg. Ueber dieses Thema sprach am 15. Oktober in München auf Einladung der Gesellschaft für Soziale Reform Prof. Dr.

Rujo Brentano. Der Vortragende wies auf die große Bedeutung hin, die der Neuregelung der Arbeitsbedingungen im Frieden zukommt, ging näher auf die Ueberreibungen ein, die über die angeblich ins Ungemessene gestiegenen Arbeiterlöhne im Umlauf sind, und zeigte an der Hand eines reichen Zahlenmaterials, daß man hier ganz falsche Vorstellungen erweckt und genährt hat. Es sind zwar beträchtliche Steigerungen des Geldlohnes während des Krieges zu verzeichnen; aber die Löhne der weiblichen Arbeiter — und auch des größten Teils der männlichen Arbeiter — sind nicht im gleichen Maße gestiegen, wie die Teuerung zugenommen hat, und gerade diese Löhne sind im Vergleich zu der Zeit vor dem Krieg von ausschlaggebender Bedeutung für die Lebenshaltung der Bevölkerung. Tatsache ist, daß weite Arbeiterkreise trotz gestiegener Löhne auch heute unter großen Entbehrungen leben. Von welchen Gesichtspunkten nun soll die Neuordnung der Arbeitsbedingungen geleitet sein? Man hört bereits heute Stimmen, die einfach Lohnherabsetzung fordern. Eine solche würde aber, vielleicht gar noch im Verein mit einer verlängerten Arbeitszeit, nicht die im Interesse unserer Volkswirtschaft notwendige Steigerung der Produktion erzielen. An der Hand wissenschaftlicher Forschungen wies der Vortragende nach, bei welchem Arbeitslohn und bei welcher Dauer der Arbeitszeit das Maximum an Arbeitsleistung erzielt werden kann. Es läme darauf an, für jedes Gewerbe festzustellen, was der Arbeiter an Nahrung, Kleidung, Wohnung braucht, um seine in dem Gewerbe verbrauchte Arbeitskraft wieder zu erlesen. Die dazu nötige Summe würde den ersten Posten bei der Bemessung des Geldlohnes auszumachen haben. Einen zweiten Posten würde der Betrag ausmachen, der nötig ist, damit der Arbeiter eine Familie gründen und erhalten kann, einen dritten Posten der Betrag, der ihm die Teilnahme an den Kulturerrungenschaften und dem politischen Leben seines Volkes ermöglicht würde. Alles das müßte durch die beiderseitigen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der einzelnen Gewerbe in Tarifverträgen festgesetzt werden, und das so im kollektiven Arbeitsvertrage festgesetzte müßte rechtsverbindliche Kraft haben für sämtliche in den betreffenden Berufszweigen tätigen Arbeiter. Damit schwände auch die Gefahr, daß unser Vaterland nach wiedererlangtem Frieden durch Arbeitsmissetellungen und Aussperrungen völlig zurückgehe. Um dies zu erreichen, wäre nötig, daß der Absatz des § 152 der Reichsgewerbeordnung ebenso beseitigt würde, wie der § 158 beseitigt worden ist. Es besteht Hoffnung, daß dieses Ziel erreicht wird.

Sozialpolitisches.

ok. Unbelugte Kennzeichnung Streikender. Aus Anlaß des Berliner Streiks im Frühjahr 1918 sind alle noch im wehrpflichtigen Alter stehenden Leute, die in diesen Betrieben tätig waren, einfach zum Militär eingezogen worden. Die Sozialdemokraten haben dagegen im Reichstag scharf protestiert, leider zunächst ohne Erfolg. Die eingezogenen erhielten auf ihren Papieren den Vermerk, daß sie die Bedingungen ihrer Reklamation nicht erfüllt hätten; dies ist auf den Papieren weiter bemerkt worden: „Darf nicht mehr reklamiert werden“ und ein weiteres gemeinsames Kennzeichen war der Vermerk B 18. Das war so gütlich die schlimmste Kennzeichnung, die vorgenommen werden konnte. Soweit die Leute „L. U.“ waren, kamen sie sofort an die Front; die andern steden heute noch in den Kasernen, spielen Wachen, schälen Kartoffeln, und das in einer Zeit, in der man Facharbeiter so nötig braucht wie das tägliche Brot. Den Mannschaften, die den ominösen Vermerk B 18 haben, verweigert man nicht nur den Urlaub, man läßt ihnen auch sonst merken, daß sie besonders gekennzeichnete Leute sind. Abgordnete Stille ist nun mit dem Kriegsamt dieser Dinge halber in Verbindung getreten und hat sich warm der Interessen der von diesen Maßnahmen betroffenen Leute angenommen. Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, daß die Kennzeichnung B 18 längst hätte gestrichen werden müssen. Diese Anordnung des Kriegsamtes ist einfach nicht überall befolgt worden. Die aus Anlaß des Streiks eingezogenen Leute dürfen nicht deshalb im Urlaub zurückgesetzt werden, und Gesuche um neuerliche Reklamation sollen in jedem einzelnen Falle wohlwollend geprüft werden. Es kann deshalb den in Frage kommenden Leuten nur empfohlen werden, eingehend begründete Reklamationsgesuche einzureichen. Es ist aber erwünscht, von dem Resultat dieser Gesuche stets dem Abgeordneten Stille in Berlin, Reichstag, Mitteilung zu machen. Zweifellos haben sich wieder einmal untergeordnete Organe Uebergriffe erlaubt, denen energisch entgegengetreten werden muß.

Bekleidungsentschädigung. Die zur Arbeit in den Betrieben der Post, Eisenbahn, der Privatindustrie usw. kommandierten Unteroffiziere und Mannschaften haben bisher für Benutzung der militärischen Bekleidungsstücke eine Abnutzungsentschädigung bezahlen müssen, deren Höhe von den stellvertretenden Generalkommandos festgesetzt wurde. Das führte dazu, daß die Abnutzungsgebühren verschieden hoch gewesen ist. Darin ist nunmehr eine Einheitlichkeit geschaffen worden, indem die Abnutzungsgebühren allgemein auf 16 pro Monat, mit Wirkung vom 1. Oktober 1918 ab, festgesetzt worden ist. Den gleichen Betrag haben künftig die gehaltenen empfangenden Unteroffiziere zu entrichten, die aus Heeresbeständen eingekleidet werden. — Dagegen bleibt die Entschädigung von 20 monatlich bestehen für Heeresangehörige, die ihren Dienst in Zivilkleidung versehen müssen.

Die Frage der Demobilisierung und Entlassung der Arbeiter aus dem Heeresverband gewinnt im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Erörterungen der politischen und militärischen Lage erhöhtes Interesse und besondere Bedeutung. Nach dem schon ausgearbeiteten Plan lag dem Reichswirtschaftsamt die Aufgabe ob, zu entscheiden, in welcher Reihenfolge bei Friedensschluß die Facharbeiter, um die es sich hier in erster Linie handelt, zu entlassen seien. In Anbetracht der ungeheuren Bedeutung, die die Entscheidung dieser Frage für die Zukunft des deutschen Wirtschaftslebens hat, glaubte das Reichswirtschaftsamt, die Ver-

antwortung für die Entscheidung dieser Frage nicht allein tragen zu können. Mitzüglich werden deshalb wie offiziell mitgeteilt worden ist, die Vertreter des für diese Fragen besonders in Betracht kommenden Hauptressorts mit den Mitgliedern der bundesstaatlichen Regierungen zusammen. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Bildung einer besonderen gemischten Kommission. Ihr gehören an: einmal die Vertreter der hauptfachlichen Reichsbehörden, darunter auch die Reichskommissariate für das Wohnungswesen, ferner die Vertreter der bundesstaatlichen Regierungen, Handel und Verkehr und schließlich eine Anzahl von Arbeitgebern aus der Industrie, Handel und Landwirtschaft, von Angestellten und Arbeitnehmern. Diese große Kommission bildete einen aus zwölf Personen bestehenden kleinen Arbeitsausschuß, der seine Sitzungen sofort begann. Über die Ergebnisse der Beratungen soll fortlaufend die Öffentlichkeit unterrichtet werden. Das ist auch dringend notwendig, soll die Arbeit, die dort zu erwarten ist, zur Beruhigung der Bevölkerung, die über die wirtschaftlichen Zustände nach dem Kriege, besonders auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, sehr im unklaren ist, wesentlich beitragen.

Eine Reichsstelle für Kriegerversorgung. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hat dem Reichspräsidenten, den Führern der Reichstagsfraktionen und dem Reichsminister eine dringende Forderung um Schaffung einer Reichsstelle der Kriegerversorgung überreicht. Unter Berufung auf den Kaiserlichen Erlass vom 30. September 1918, der dem deutschen Volke weitestgehende Beteiligung an den Reichsgeschäften zusichert, fordert er für die Neuorganisation der Reichsbehörden auch ein Reichsamt für Kriegerversorgung, dessen Leitung in die Hände von Persönlichkeiten gelegt werden soll, die das Vertrauen der Beteiligten in weitestem Umfange besitzen und aus der ständigen Führungsnahme mit ihnen und ihren Organisationen Anregungen und Kräfte zur Durchführung dieser großen Aufgabe schöpfen.

In den Aufgaben der neuen Reichsstelle sollen in erster Reihe gehören: Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Fürsorge für Kriegsteilnehmer, Fürsorge für Kriegsheimkehrer, Fürsorge für die Familien der einberufenen Mannschaften. Der Reichsbund weist zur Begründung darauf hin, daß die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen vor dem Kriege nur ganz unzulänglich geordnet war. Während des Krieges sind nur unwesentliche Änderungen erfolgt. Selbst die von der Regierung gegebenen Versprechen sind nicht eingelöst und die Anregungen aus den Kreisen der Kriegsbeschädigten nicht beachtet worden. Das Fürsorgewesen ist verstreut zwischen einer Anzahl von unvollständigen und bürgerlichen, amtlichen und halbamtlichen und privaten Anstalten. Daraus entstehen fortwährend Zweifel über die Zuständigkeit für Fürsorgegesuchen, unerträgliche Langsamkeit in der Erledigung von Anträgen, Widersprüche in den Entscheidungen.

Bei den Kriegsbeschädigten und Kriegsinvaliden besteht vielfach oft schwere Notlage. Auch den nichtbeschädigten Kriegsteilnehmern sind durch die lange Kriegedauer soziale, kulturelle, wirtschaftliche und familiäre Schädigungen erwachsen, deren Ausgleich Pflicht des Reiches ist. Diese Zustände haben bei den Heeresangehörigen und in ihren Familien Erbitterung erzeugt, deren Beschwichtigung nur durch eine großzügige Zusammenfassung der gesamten Kriegerversorgung in einer Reichsstelle möglich erscheint. Der Reichsbund bittet dringend darum, bei der ickigen Schaffung neuer Reichsämter auch die Reichsstelle für Kriegerversorgung mit ins Leben zu rufen.

Weitere Steigerung der Lebensmittelpreise. In den monatlichen Heberziffern über Lebensmittelpreise für August 1918 bemerkt das wirtschaftsstatistische Bureau von Richard Calvert:

Wenn wir auf Grund der uns zur Verfügung stehenden Beobachtungen und Nachrichten über die Bewegung der Lebensmittelpreise eine Meinung abgeben sollen, so können wir sagen, daß die Preisstürbe in letzter Zeit wieder einmal ganz erheblich gestiegen ist. Es hat den Anschein, als ob die Steigerung noch in keinem Stadium des Krieges innerhalb eines ähnlichen Zeitraumes gleich stark in die Höhe gegangen wäre. Auch aus Gegenden, wo bisher die Preise noch ziemlich mäßig waren, wird ein sprunghaftes Ansteigen der Lebensmittelpreise berichtet. Nach der berechneten Heberziffer, für die ja in der Hauptsache nur die Sollhöchstpreise in Betracht kommen, kann ja das Preisniveau für Nahrungsmittel schon längst nicht mehr beurteilt werden. Auch diese Heberziffer ist im August kräftig in die Höhe gegangen. Noch in keinem Monat des laufenden Jahres war die Steigerung so hoch. Die bisher höchste Steigerung im Februar stellte sich auf 33,4 wöchentlich. Der August brachte aber eine Steigerung um 1,32, nämlich von 58,11 auf 59,43. Besonders stark war die Steigerung in Ostpreußen, Groß-Berlin, Schleswig-Holstein, Oesterreich, im Königreich Sachsen, in Württemberg, am stärksten aber in den Thüringischen Staaten.

Die Frage der Wohnungsnot bewegt zurzeit viele gemeinnützige Körperschaften. So hat unter anderem die Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Berlin einen Lehrgang für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege abgehalten, der am 12. Oktober beendet wurde. Den einleitenden Vortrag hielt der Vorsitzende des Anstaltensvereins Groß-Berlin, Dr. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes in Schöneberg. In seinem Vortrag „Die gegenwärtigen Zustände im Wohnungswesen und ihre Rückwirkung auf die Allgemeinheit“ führte er unter anderem folgendes aus: Die Eingiehung der Rassen Heerespflichtiger im August 1914 erfolgte gerade noch rechtzeitig genug, um eine Katastrophe auf dem Kleinwohnungsmarkt abzuwenden. Während des Krieges ist aber die Zahl der leerstehenden Wohnungen durch Gründungen von Haushaltungen wieder so weit zurückgegangen, daß die Zahl der Leerwohnungen bereits im letzten Winter noch kleiner war als vor Kriegsausbruch. Die bis jetzt vorliegenden Einzelergebnisse der Reichswohnungszählung reden eine jurethore

Sprache. Wir haben heute im Deutschen Reiche eine Wohnungsmangel, wie wir sie noch niemals erlebt. In manchen Städten gibt es gegenwärtig keine leere Wohnung mehr. Ist heute Obdachlosigkeit noch ein seltener Einzelfall, so kann sie, falls der Krieg nicht noch in diesem Jahre endet, das Los vieler noch vor Friedensschluß werden. Es wird ein Jahr nach Friedensschluß vergehen, bevor eine nennenswerte Zunahme der vorhandenen Wohnungen eintritt. Die Nachfrage nach Wohnungen wird aber außerordentlich stark sein und besonders scharf wird der Wettbewerb um leerstehende Kleinwohnungen sein. Im ganzen müßten mindestens 750 000 neue Wohnungen bis zum Ende des ersten Friedensjahres hergestellt sein. Das mag manchen überraschen, der an die Entwicklung unserer Geburten und Sterbefälle im Kriege denkt. Gatten wie doch in den letzten fünf Friedensjahren, das heißt vom 1. August 1909 bis zum 31. Juli 1914, bei 9882 000 Geburten nur 5250 000 Sterbefälle, also einen Geburtenüberschuh von 4 632 000, während wir für die fünf Jahre vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1919, gleichviel wann der Friede geschlossen wird, nur mit 5 1/2 Millionen Geburten und, selbst wenn der Friede morgen geschlossen würde, mit rund 7 Millionen Sterbefällen, also mit einem Geburtendefizit von etwa 1 1/2 Millionen zu rechnen haben. Aber der Geburtenausfall ist zunächst keine Wirkung auf den Wohnungsmarkt. Diese Wirkung wird erst in späterer Zukunft eintreten. Wie unsere Schulen von 1922 ab nur noch den halben Nachwuchs haben werden, wie unsern Arbeitsmarkt von 1930 ab die jugendlichen Kräfte nur spärlicher zufließen können, so werden die Neubegründungen von Haushaltungen in 20 Jahren plötzlich zurückgehen. Kitzhust berechnet den Minderbedarf an Wohnungen infolge des Geburtenausfalls auf mindestens 1/2 Millionen. Über diesen Minderbedarf mit allen seinen Folgen für das Grundstücks- und Baugewerbe wird erst im zweiten Drittel unseres Jahrhunderts in die Erscheinung treten.

Genossenschaftliches.

Volksversicherung. Todesfälle durch Flieger mit mehrern sich in den Grenzgebieten unterzogen Landes mit der stetigen Verstärkung der Kriegsmittel unserer Feinde. Sehr häufig kommen bei Fliegerangriffen mehrere Angehörige einer Familie zugleich ums Leben, wodurch die finanzielle Lage der Hinterbliebenen besonders verschlechtert wird. Für solche Fälle ist der Bestand von Lebensversicherungen von besonderem Werte. Der Tod durch Fliegerbomben wird bei der Volksfürsorge nicht nur als gewöhnlicher Todesfall, sondern als Unfall behandelt, wodurch die volle Versicherungssumme nach Zahlung der ersten Prämie fällig wird.

Der Abschluß von Versicherungen bei der Volksfürsorge wird daher für Arbeiter in den durch feindliche Flieger bedrohten Gebieten im Interesse ihrer Familien zu einer Pflicht, der sie sich sofort unterziehen sollten.

Vom Ausland.

Der Verein der Buchdrucker Steiermarks feierte am 1. Oktober sein siebzigjähriges Bestehen. Die ältesten unter allen österreichischen Gewerkschaften sind die der Buchdrucker. Lange bevor in Oesterreich von einer selbständigen Arbeiterbewegung die Rede war, hatten sich die Buchdrucker schon Vereinigungen geschaffen, die wohl vor allem Unterstützungs- und Geselligkeitszwecken dienten, jedoch auch bereits den Keim einer gewerkschaftlichen Organisation mit allen ihren Aufgaben von heute in sich trugen. So war der Buchdruckerverein Steiermarks wohl auch unter dem Einfluß der im Revolutionsjahre lebendig gewordenen Ideen entstanden. Bei der Gründung gehörten ihm 52 Mitglieder an, die einen Wochenbeitrag von 6 Kreuzern konventionalmünze (etwa 20 Heller) bezahlten. Als erste Aufgabe betrachtete der Verein die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung und eines Begräbniskostenbeitrages. Im Jahre 1850 folgte sodann die Reise, im Jahre 1852 die Invalidenunterstützung und sodann im weiteren Verlauf der Jahre, zum Teil schon im Anschluß an die Reichsorganisation der Buchdrucker, der weitere Ausbau des Unterstützungswesens.

Doch auch auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Kämpfe betätigte sich der Verein sehr bald schon nach seiner Gründung, indem er im Jahre 1848 bereits die Forderung nach einer Verkürzung der damals üblichen Arbeitszeit von zwölf auf zehn Stunden und nach der Einschränkung der übergroßen Lehrlingszahl verfolgte. Diefem ersten Kampf folgte im Laufe der sieben Jahrzehnte eine große Anzahl weiterer, teilweise gleichzeitig mit dem Widerstand des ganzen Reiches, und nicht nur unter dem Widerstand der Unternehmer, sondern auch unter dem der Behörden. Das Ergebnis aller dieser Kämpfe sind die relativ günstigen Arbeitsverhältnisse, deren sich gegenwärtig die Buchdrucker des ganzen Reiches erfreuen.

Im letzten Friedensjahre (1913) zählte der Jubilar 662 Mitglieder; gegenwärtig gehören ihm 350 Berufsgenossen an. Möge ihm recht bald der Friede die Möglichkeit schaffen, wieder mit voller Kraft die Interessen seiner Mitglieder wahren zu können!

Rußland. Die Abteilung für plastische Kunst des Kommissariats für Volksaufklärung hat am 1. Oktober dieses Jahres staatliche freie Kunstwerkstätten eröffnet, welche die untätigen alten Kunstschulen ersetzen sollen. Einer Gruppe von Studenten und Schülern, den Urhebern des Gedankens, ist vom Kommissar für Volksaufklärung der erforderliche Kredit eröffnet worden, und die Benutzung der Werkstätten wird den Lernenden somit kostenlos überlassen werden können. Als Leiter der allgemeinen Werkstätten sind die herborragendsten Künstler in Aussicht genommen. Außerdem sind als Vektoren für ein kunstwissenschaftliches Kurjus in Aussicht genommen: Denis, Grabarj, Friische, B. Brjussow, Andrej Djelch, Komijarschewskij, W. Jwananow, Lunarschajski, Butcharin und andere. Das Recht, in den Werkstätten zu arbeiten, haben nur Personen

über 16 Jahre. Die Dauer des löstentfreien Lehrkursus ist höchstens sieben Jahre. In Petersburg fand am 8. Oktober in der Nähe der früheren Stadthuma die Enthüllung eines Saffallendenmals in der Ausführung des Bildhauers Singjewski statt. An der Feier nahmen teil: Vertreter der Nordkommunen, das Zentralbureau der Gewerkschaften, das Präsidium des Sowjets, Vertreter der Lehranstalten und Vertreter der kulturell-aufklärenden Organisationen. Die frühere Stadthuma ist zu einem Volkshaus, das den Namen Lassales trägt, umgewandelt worden.

Literarisches.

„Die Woche“. Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Maxon. Soeben ist Nr. 29 erschienen. Preis des Einzelheftes 50 Pf., Porto 5 Pf. Verlag für Sozialistenschafft G. m. b. H., Berlin SW 68.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch (Geschaftsstelle: Berlin W 85, Potsdamer Straße 121h) haben soeben das 28. und 24. Heft ihres 24. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Die deutsche Volkregierung, von Heinrich Reus, Mitglied des Reichstages. — Ueber den Zusammenhang der gewerkschaftlichen Sozialpolitik mit der Weltpolitik, von Emil Kloth, Vorsitzenden des Buchbinderverbandes. — Der Aberglaube an die Gewalt, von Dr. Conrad Schmidt. — Die deutsche Ostpolitik und die Juden, von Julius Berger. — Kunstwerke, von Dr. Adolf Behne. — Vorübergehende und dauernde Aufgaben des Jugendschutzes, von Dr. Wilhelm Feld. — Frauenerwerbarbeit in der Metallindustrie, von Josef Kureh. — Internationale Gewerkschaftsbewegung, von Wilhelm Bud, Mitglied des Reichstages. — Das Frauenwahlrecht, von Dr. Dora Landé. — Theorien über die Vererbung, von Dr. Adolf Koelsch. — Die Entwicklung der griechisch-römischen Religiosität unter dem Einfluß des Orients, von Dr. Herbert Kühnert. — Politische Konzerte, von Dr. Hugo Rechtentritt. — Die Sozialdemokratie und die Kolonien, von Hermann Krauß, und anderes mehr.

Der Preis dieses verstärkten Heftes beträgt M. 1,20 (sonst 90 Pf.), der eines Vierteljahresabonnements M. 5,40. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in den Kiosken und Bahnhöfen, bei allen Kolporteurs, durch jede Postanstalt, sowie direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W 85. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Un was hat der heimkehrende Kriegsteilnehmer zu denken? Unter diesem Titel hat im Bayerischen Kommunalverlag der städtische Direktor und Gemeindevorstand J. Fehle, München, ein Buch herausgegeben, das ein trefflicher Wegweiser für unsere heimkehrenden Kriegsteilnehmer genannt werden kann zur Wiedereinführung ins bürgerliche Leben und zur Geltendmachung von Ansprüchen und Rechten. Gar Vieles hat sich während des Krieges geändert, worüber unsere Kriegsteilnehmer nicht unterrichtet sind, das sie aber zur Wahrung ihrer erworbenen Ansprüche und Rechte wissen müssen. Auf alle in Betracht kommenden Fragen aus dem Militär- und Zivilverhältnis, auf dem Gebiete der Steuern, des gesamten Versicherungswesens, für Gemeinbetreibende, Kriegswohlfahrtsanstellungen usw. gibt das Buch Auskunft. Damit der Leser sich rasch zurecht finden kann, ist die alphabetische Reihenfolge gewählt. Wir können allen Interessenten dieses praktische Buches zu einem Buchhandlungen, oder beim Bayerischen Kommunalverlag, G. m. b. H. in München, Kreisstraße 85, zu beziehen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Jahrbuch für 1917. Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H., Berlin, Engelauer 21.

Sterbetafel.

Frankfurt a. M. Am 5. Oktober starb unser Mitglied Ludwig Klemens Schneider im Alter von 83 Jahren. Arel. Am 8. September starb unser langjähriges Mitglied Joh. Herms im Alter von 62 Jahren. — Am 9. Oktober starb unser langjähriges Mitglied Heinrich Wienroth im Alter von 54 Jahren. **Ehrenthrem Andenten!**

Vereinstell.

Bericht der Hauptkaffe vom 14. bis 19. Oktober. Eingelandt haben: Gotha M. 80,22, Kaiserlautern 89, Schleswig 33,24, Girschberg 54,10, Passau 4,93, Fürstentum 9,04, Braunschweig 224,83, Dortmund 500, Chemnitz 250,60, Aachen 70, Mannheim 500, Dessau 50, Rostock 100, Hamburg 4000, Heilbronn 67,05, Magdeburg 200, Plauen 300, Düren 156, Nürnberg 600, Friedberg 200.

Ich ersuche dringend, bei Geldsendungen an die Hauptkaffe, diese auf unser Postcheckkonto „Vermögensverwaltung des Verbandes der Maler Nr. 11598 Postcheckamt Hamburg“ einzuzahlen und nicht durch Postanweisung zu senden. Wenn Zahlarten mit dem Vordruck nicht mehr vorhanden sind, ersuche ich um Bestellung.

Die Woche vom 27. Oktober bis 2. November ist die 44. Beitragswoche. **G. Wenker, Kassierer.**

Der heutigen Ausgabe liegen die Nummern 40 und 41 des „Correspondenzblattes“ bei.